

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1994

I. Allgemeines

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Westeuropäischen Union im 1. Halbjahr 1994 standen die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den mittel-, südosteuropäischen und den baltischen Staaten, die Verbesserung des Assoziationsstatus der assoziierten europäischen NATO-Mitglieder (Türkei, Norwegen, Island), die Weiterentwicklung der operativen Fähigkeiten der WEU und die Beteiligung an Aktionen im ehem. Jugoslawien.

1. Die Tagungen des WEU-Ministerrates und des WEU-Konsultationsforums am 9. Mai 1994 in Luxemburg standen ganz im Zeichen der Assoziierung der bisherigen Konsultationspartner. Dieser Schritt geht zurück auf eine beim vorangegangenen Ministerrat der WEU gemeinsam eingebrachte Initiative von Bundesminister Dr. Klaus Kinkel und Außenminister Juppé. Das in Luxemburg verabschiedete Assoziierungsdokument gibt Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Rumänien, der Tschechischen Republik und Ungarn den Status „assoziierter Partner“ (in Abgrenzung zu den assoziierten Mitgliedern Island, Norwegen und Türkei). Das WEU-Konsultationsforum wird suspendiert.

Der neue Status wird mit Abschluß der Ratifikationsverfahren zum Beitritt Griechenlands und dem Inkrafttreten der assoziierten Mitgliedschaft Islands, Norwegens und der Türkei wirksam. Für die baltischen Staaten ist er außerdem an die Unterzeichnung von Europaabkommen mit der Europäischen Union gekoppelt. Die assoziierten Partner wirken solange als „aktive Beobachter“ in

der WEU mit. Bereits jetzt tagt der Ständige Rat der WEU alternierend in der bisherigen Konfiguration und in Sitzungen mit den assoziierten Partnern.

Die assoziierten Partner haben die Möglichkeit der Teilnahme an Arbeitsgruppen des Rates und können sich an den „Petersberger Aufgaben“ der WEU (humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze; friedenserhaltende Aufgaben; Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschl. Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens) beteiligen. Die Einrichtung einer Verbindung mit der militärischen Planungszelle der WEU ist vorgesehen.

Die assoziierte Partnerschaft

- erweitert die institutionelle Verklammerung der neun assoziierten Partner mit den europäischen Institutionen (neben die politische und wirtschaftliche Assoziierung mit der EU tritt nunmehr die sicherheitspolitische Assoziierung mit der WEU) und wird deren Heranführung an die EU beschleunigen;
- entspricht der Perspektive der künftigen Zugehörigkeit dieser Staaten zur EU;
- ergänzt die Kooperation dieser Staaten mit der NATO, insbesondere die Kooperation im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden;
- beinhaltet zwar keine Beistandsgarantie, geht als weiterer Schritt auf dem Weg der Integration in die europäischen Sicherheitsstrukturen jedoch auf die Sicherheitsbedürfnisse der mittel- und osteuropäischen Staaten ein und trägt damit zur sicherheitspolitischen Stabilisierung in Europa bei.

Ihr Kern ist die Gewährung intensiver Mitwirkungsmöglichkeiten an europäischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

2. Parallel zur Verabschiedung des Assoziationsstatus für die mitteleuropäischen, südosteuropäischen und baltischen Staaten wurde ein Dokument mit einer Reihe praktischer Verbesserungen für die assoziierten NATO-Mitglieder Island, Norwegen und Türkei beschlossen. Ihnen wurde insbesondere die Möglichkeit zur direkten Mitwirkung in der militärischen Planungszelle der WEU eingeräumt.
3. Zur Weiterentwicklung ihrer operativen Fähigkeiten hat die WEU in Vorbereitung des NATO-Gipfels vom 10./11. Januar 1994 abgestimmte europäische Positionen eingebracht. Der Gipfel hat die Unterstützung der Allianz für die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität nachdrücklich bekräftigt und die Bereitschaft der NATO erklärt, der WEU auf der Grundlage von Konsultationen im Nordatlantikat für eigenständige Operationen kollektive Allianzressourcen zur Verfügung zu stellen. Die Arbeiten über die Modalitäten der Nutzung der Allianzressourcen im Rahmen des Konzepts alliierter Streitkräftekommandos („Combined Joint Task Forces“, CJTF) sind in der hierfür vom Ständigen Rat eingesetzten Politisch-Militärischen Arbeitsgruppe aufgenommen worden (siehe dazu unter VII.).
4. WEU-Operationen im ehemaligen Jugoslawien
 - a) Seit dem 18. Juni 1993 unterstützen Polizei- und Zollbeamte der WEU-MS die Donau-Anliegerstaaten Rumänien, Bulgarien und Ungarn bei der Überwachung und Durchsetzung des von den Vereinten Nationen gegen Serbien/Montenegro verhängten Embargos. Bis Ende Juni wurden über 2 300 Schiffkonvois kontrolliert. Die seit einem Jahr laufende WEU-Operation ist insgesamt als Erfolg zu werten.
 - b) Im Rahmen der gemeinsamen WEU/NATO-Aktion Sharp Guard in der Adria wurde auch in der ersten Jahreshälfte 1994 das auf VN-Sicherheitsrats-Res. 820 basierende Embargo erfolgreich umgesetzt.
 - c) Die WEU stellt zur Unterstützung der EU-Administration von Mostar ein Polizeikontingent zur Verfügung. In dem Memorandum of Understanding der EU mit der Regierung von Bosnien und Herzegowina und den Konfliktparteien über die EU-Administration wurden auch die Modalitäten des WEU-Polizeielements vereinbart. Durch Schaffung einer einheitlichen lokalen Polizei kommt dem WEU-Polizeielement im Rahmen der EU-Verwaltung von Mostar eine wichtige Rolle zu. Der Vorgang ist zudem der erste konkrete Anwendungsfall des Zusammenwirkens von EU und WEU nach Artikel J.4(2) des EU-Vertrages.

II. Tätigkeit des Ständigen Rates und des Generalsekretariats

Als zentrales Beratungs-, Koordinierungs- und Entscheidungsgremium zwischen den Ministerräten konnte der Ständige Rat der WEU im Berichtszeitraum sein umfangreiches Arbeitspensum nur durch hohe Sitzungsfrequenz und kurzfristig anberaumte Sondersitzungen bewältigen. Dabei konnte sich der Rat auf das Generalsekretariat unter Leitung von Generalsekretär van Eekelen und seinem deutschen Stellvertreter, Botschafter Holthoff, stützen, das die zahlreichen Sitzungen des Ständigen Rats und seiner Arbeitsgruppen vor- und nachbereitete. Das größere Arbeitsaufkommen ist insbesondere auf das aktive Engagement der WEU im ehem. Jugoslawien, auf die WEU-Erweiterung sowie die verstärkte Kooperation zwischen WEU und NATO zurückzuführen. Eine gemeinsame Ratssitzung WEU-NATO am 29. Juni 1994 wurde genutzt, um gemeinsam Bilanz zu ziehen und zu den wichtigsten sicherheitspolitischen Themen mit operativer Relevanz für beide Organisationen den Kurs für ein abgestimmtes Vorgehen in den nächsten Monaten abzustecken.

III. Tätigkeit der Planungszelle

Die WEU-Planungszelle beteiligte sich an den Arbeiten der Politisch-Militärischen Arbeitsgruppe zum CJTF-Konzept. Ferner nahm sie zur Konsolidierung der Liste der WEU zugeordneter Einheiten (FAWEU) Kontakte mit den Hauptstädten der WEU-Mitgliedstaaten auf. In erstmaliger Umsetzung der WEU-Übungspolitik wurde die Planungszelle an der Vorbereitung der britischen Evakuierungsübung PURPLE NOVA 1994 sowie der für den Herbst 1994 vorgesehenen spanisch-französisch-italienischen Evakuierungsübung TRAMONTANA beteiligt. Im Rahmen der Vorbereitung der EU-Verwaltung Mostars unternahm die Planungszelle zwei Fact Finding Missions nach Mostar. Sie beobachtete die französische Intervention in Ruanda, u. a. durch Abordnung eines Verbindungsoffiziers in den Krisenstab Ruanda des französischen Führungsstabs des Heeres.

IV. WEU-Institut für Sicherheitsstudien

Neben zahlreichen Publikationen und Dokumenten für den Ständigen Rat organisierte das Institut für Sicherheitsstudien verschiedene Seminare, u. a. zu den Themen „Intensivierung des sicherheitspolitischen Dialoges zwischen Europa und den Maghreb-Staaten“ und „Sicherheitspolitische Herausforderung für eine erweiterte EU“.

V. Tätigkeit der Sonderarbeitsgruppe (SWG) und der Gruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien (DRG)

Die Tätigkeit der Sonderarbeitsgruppe (SWG) stand im Zeichen der Erarbeitung der Leitlinien des Assoziierungsstatus für die mittel-, südosteuropäischen und

baltischen Staaten. Daneben fand ein erster informeller Meinungsaustausch der europäischen Experten der NATO-„Defence Group on Proliferation“ dazu statt, wie europäische Interessen und Funktionen, eine Risikoanalyse aus europäischer Sicht sowie die im WEU-Rahmen stattfindende Zusammenarbeit in den Bereichen Weltraum und Rüstung in die Arbeit der NATO-Gruppe eingebracht werden könnte.

Die Gruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien (DRG) erarbeitete im Auftrag des Ständigen Rats den operativen Teil eines Grundsatzpapiers zu friedenserhaltenden Maßnahmen und den gemeinsamen Marineoperationsplan „Combined Endeavour“. Sie wurde dabei von der Planungszelle unterstützt. Nach Behandlung im Ständigen Rat wurden beide Papiere vom Ministerrat angenommen.

Darüber hinaus beschäftigte sich die Gruppe auf der Basis von Überlegungen des Generalsekretariats und der Planungszelle mit Grundsätzen generischer Planung, eine der Hauptaufgaben der Planungszelle für Einsätze im Rahmen der Petersberg-Aufgaben. Die DRG befaßte sich ferner mit der Ausarbeitung eines Konzepts für die Rolle der WEU bei militärischen Evakuierungsaktionen.

VI. Treffen der Chefs der Führungsstäbe der Streitkräfte

Die Chefs der Führungsstäbe der Streitkräfte (Generalstabschefs, Generalinspektoren) kamen am 29. März 1994 in Luxemburg zusammen. Sie befaßten sich mit der Vorbereitung der militärischen Themen des WEU-Ministerrats, nahmen Berichte über den Fortschritt der Arbeiten zum Ausbau der operativen Fähigkeiten der WEU entgegen und behandelten den Planungsstand und die Aktivitäten der Planungszelle.

In ihrer Aussprache begrüßten sie besonders das Angebot des NATO-Gipfels zur Nutzung vorhandener Kommandostrukturen, Mittel und Fähigkeiten der NATO im Rahmen der WEU und unterstrichen in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Konzepts alliierter Streitkräftekommandos.

VII. Politisch-Militärische Arbeitsgruppe (neu)

Diese neue Arbeitsgruppe wurde zur Auswertung und Umsetzung der Beschlüsse des NATO-Gipfels vom 10./11. Januar 1994 im Hinblick auf die Nutzung von Kommandostrukturen, Mitteln und Fähigkeiten der NATO durch die WEU eingesetzt. Die Arbeiten der Gruppe sollen dazu dienen, die Voraussetzungen für die Nutzung kollektiver Ressourcen der NATO im Rahmen von WEU-Operationen zu verbessern, die im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wahrgenommen werden. Dazu soll die Arbeitsgruppe eng mit den Arbeitsgruppen der NATO zusammenarbeiten. Zum Konzept alliierter Streitkräftekommandos (Combined Joint Task Force) erarbeitete die Gruppe eine WEU-Position, die auf der gemeinsamen Sitzung der Ständigen Räte von WEU

und NATO am 29. Juni 1994 der Allianz vorgestellt wurde.

VIII. Tätigkeit weiterer Arbeitsgruppen

a) Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit in Weltraumfragen“

In Umsetzung eines Mandats des Ministerrats nahm die Arbeitsgruppe die Vorbereitungen für eine Entscheidung über den Aufbau eines unabhängigen europäischen Satellitensystems auf, die für den Ministerrat im Frühjahr 1995 in Aussicht genommen ist. Sie begleitete die Arbeiten des WEU-Satellitenzentrums, das im Auftrag der WEU und deren Mitgliedstaaten Bildmaterial auswertet und Bildauswerter ausbildet.

b) Arbeitsgruppe „Mittelmeer“

Die Gruppe erarbeitete einen erweiterten Aufgabenkatalog. Vom Ministerrat erhielt sie den Auftrag, den Dialog mit den Maghreb-Partnern Algerien, Marokko, Mauretanien und Tunesien auf Botschafter- und Expertenebene zu vertiefen und zunächst um Ägypten zu erweitern.

c) Aktivitäten der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG) und der ehemaligen EUROGROUP

Die für die Kooperation im Rüstungsbereich zuständige Westeuropäische Rüstungsgruppe (WEAG, ehemals IEPG) legte den Schwerpunkt ihrer Arbeit insbesondere auf die Eingliederung des — bisher in Lissabon angesiedelten — WEAG-Sekretariats in das Brüsseler WEU-Sekretariat. Die Vorarbeiten zur Schaffung einer europäischen Rüstungsagentur wurden unter Leitung der nationalen Rüstungsdirektoren fortgesetzt.

Die Westeuropäische Arbeitsgruppe für Logistik (Western European Logistics Group, WELG, ehemals EUROLOG) ebenso wie die Gruppe für Langzeitplanung (EUROLONGTERM) setzten ihre Arbeiten zur Erstellung jeweiliger Terms of Reference fort. Die Arbeitsgruppe für Fernmeldesysteme (EUROCOM) behandelte Einzelfragen einer technischen Verknüpfung taktischer Kommunikationssysteme von Heeresverbänden der WEU-Mitgliedstaaten.

Mit der Organisation eines europäischen Seminars in Bodo (Norwegen) vom 30. Mai/1. Juni 1994 sowie der Washington Conference vom 20./21. Juni 1994 konnte auch die ebenfalls im Rahmen der Aktivitäten der ehem. EUROGROUP in die WEU überführte Transatlantische Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich fortgesetzt werden.

d) Arbeitsgruppe „Offener Himmel“

Die Arbeitsgruppe „Offener Himmel“ hat in den letzten Monaten entscheidende Fortschritte bei der Ausarbeitung von gemeinsamen Regeln für den Überflug (SOP) über die Staatengruppe WEU im Rahmen des Vertrags über den „Offenen Himmel“ erzielt. Auf Grundlage einer britischen Initiative wurden zwei WEU-Versuchsflüge durchgeführt, deren Ziel in erster Linie darin bestand, die SOP unter möglichst realistischen Bedingungen in der Praxis anzuwenden und zu erproben. Da die SOP Einfluß auf die Vorbereitung und Durchführung von Beobachtungsflügen von Drittstaaten haben, wurden ihre Grundzüge auf der Plenartagung der Beratungskommission „Offener Himmel“ in Wien am 16. Mai 1994 den anderen Vertragsstaaten bekanntgegeben.

IX. WEU-Versammlung

Die Frühjahrstagung der WEU-Versammlung vom 13. bis 16. Juni 1994 stand ganz im Zeichen eines neuen Selbstverständnisses der WEU. Beherrschendes Thema von Debatten und Redebeiträgen war die künftige Entwicklung der WEU.

Die Versammlung diskutierte und verabschiedete Empfehlungen zum Verhältnis von WEU und EU, zu Krisenprävention und -management, zur Rolle von Nuklearwaffen für die Sicherheit Europas, zur Rolle der WEU-Planungszelle, zur geplanten europäischen Rüstungsagentur sowie zur parlamentarischen Zusammenarbeit mit den assoziierten Partnern. Sie beschäftigte sich ferner mit Budget- und Verfahrensfragen.

Außer dem Vertreter der luxemburgischen Ratspräsidentschaft, Außenminister Poos, sprachen vor der Versammlung die Außenminister Großbritanniens, Maltas, Polens und der Slowakei, der dänische Verteidigungsminister sowie der Oberbefehlshaber der NATO in Europa, General Joulvan.

Als Beobachter nahmen an der Sitzung Parlamentarier aus Dänemark, Finnland, Irland, Malta, Österreich, Rußland, Schweden, Slowenien und der Türkei teil. Eine Revision der Verfahrensregeln zugunsten eines verbesserten Status der assoziierten Partner auch in der WEU-Versammlung mußte mangels Beschlußfähigkeit auf die Herbsttagung verschoben werden.